

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl am 08.10.2023 in Hessen DIE LINKE HESSEN

Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung, in Zusammenarbeit mit der AG „Mädchen und Frauen mit Behinderung“

1. Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei dazu beitragen, die Diskriminierungen und Benachteiligungen von Frauen mit Behinderungen zu verringern?

Für DIE LINKE sind die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) und der Istanbul-Konvention des Europarates (IK) gleichberechtigte Leitlinien des politischen Handelns. Die darin formulierten Ziele dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt und müssen zügig umgesetzt werden. Die entsprechenden Landesaktionspläne in diesen Bereichen müssen deshalb mit klaren Zielvorgaben und nachprüfbareren Meilensteinen versehen werden, so dass eine tatsächliche Verbesserung der Situation erfolgt und nachweisbar wird. Dazu notwendige Förderprogramme müssen bürokratiearm aufgestellt und ausfinanziert sein. Sie dürfen nicht durch hohe Selbstkostenanteile von Trägern und Kommunen gefährdet werden.

2. In der Studie der Universität Bielefeld von November 2011 wurde zudem festgestellt, dass jede zweite bis dritte Frau mit Behinderung in Ihrem Leben von Gewalt betroffen ist. Die Aufnahme der Verbesserung der Barrierefreiheit als Kriterium zur Förderung von einzelnen Maßnahmen durch das Land Hessen würde u. E. zur Verbesserung der Barrierefreiheit beitragen. Welche Position vertritt Ihre Partei zu aufgeführtem Vorschlag und wie begründet sich diese?

Ja, Barrierefreiheit sollte ein Förderkriterium bei der Bewilligungspraxis werden. Das bedeutet dann aber auch, dass das Land Hessen daraus entstehende Mehrkosten, beispielsweise durch die Anmietung ggf. teurer Räumlichkeiten, insbesondere bei sozialen Trägern auch finanzieren muss. Dies darf nicht auf dem Rücken der Wohlfahrtspflege umgesetzt werden.

Auch müssen Ausnahmen bei Angeboten zugelassen werden, die seit vielen Jahren etabliert sind und deren Erreichbarkeit und Bekanntheit durch einen möglichen Standortwechsel gefährdet würde. In diesem Fall muss es zusätzliche Förderung des Landes für Umbaumaßnahmen im Bestand geben.

3. Welche Maßnahmen zur Prävention und Verhinderung wird Ihre Partei ergreifen, unterstützen und finanzieren, um Mädchen und Frauen mit Behinderung besser vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen und mehr barrierefreie Hilfs- und Beratungsangebote zu schaffen?

Das Land Hessen krankt an chronischer „Projektitis“: Selbst erfolgreich evaluierte Modellprojekte wie Suse hilft („Sicher und selbstbestimmt. Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken“) werden nicht etwa flächendeckend ausgerollt oder in eine Regelförderung übernommen, sondern wiederum nur mit Projektmitteln abgespeist. Das schadet der eigentlichen Arbeit massiv, erzeugt unnötige Bürokratie und verhindert sowohl einen effektiven Mitteleinsatz als auch eine volle Konzentration auf die eigentliche Arbeit.

Durch Dauerbefristungen und die stete Unsicherheit wird prekäre Arbeit erzeugt, die insbesondere Frauen* überdurchschnittlich trifft. Das muss ein Ende haben und bewährte Projekte regelhaft für ganz Hessen aufgestellt werden.

Dafür braucht es eine ausreichende finanzielle Untersetzung: DIE LINKE. im Hessischen Landtag hat seit Jahren mit Änderungsanträgen zum Landeshaushalt deutlich gemacht, wie prioritär für uns ein gut ausgestattetes Gewaltschutzsystem ist. Mit unserem Änderungsantrag zum aktuellen Doppelhaushalt haben wir vorgeschlagen die bisherigen Finanzmittel in einem neuen Produkt „Umsetzung Istanbul-Konvention“ zu bündeln und die bereitgestellten Landesmittel von 2,5 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen. Der Antrag wurde durch die regierungstragenden Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen abgelehnt. Wir erachten die beantragte Mittelерhöhung auch zukünftig für notwendig und werden uns dementsprechend in die Diskussion im Landtag einbringen.

- 4. Zur Sicherstellung der Beratung und Unterstützung von gehörlosen Frauen in Akutsituationen, plädieren wir für die Errichtung eines Zentralfonds zur Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschung, für die Beratungen in Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen.
Welche Position vertritt Ihre Partei zu dem oben aufgeführten Vorschlag, bzw. welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur Verbesserung der Beratungsmöglichkeiten von gehörlosen Frauen auf den Weg bringen?**

DIE LINKE unterstützt die Einführung eines Sprachmittlungsfonds des Landes Hessen. Dieser soll die Kosten für sämtliche notwendige Sprachmittlungen des Gewaltschutzsystems auffangen. Dazu hört natürlich auch die (Deutsche) Gebärdensprache. Wir haben dies auch mehrfach im Hessischen Landtag [beantragt](#). Leider wurden alle unsere Vorstöße durch die schwarzgrüne Landesregierung bisher abgelehnt.

- 5. Frauenbeauftragte in Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen: In Bremen, Rheinland-Pfalz und Thüringen ist, analog zu den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, die Etablierung von Frauenbeauftragten gesetzlich festgeschrieben.
Wird sich Ihre Partei für die Aufnahme entsprechender gesetzlicher Regelungen im Rahmen der Novellierung des HPBG einsetzen?**

Ja, DIE LINKE unterstützt diese Forderung. Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben: Prävention muss in allen Facetten erfolgen. Dazu gehören auch verpflichtende Gewaltschutzkonzepte in sämtlichen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Auch Polizei und Justiz müssen geschult werden, um Gewalterfahrungen von denen Menschen mit Behinderung berichten, wahr- und ernst zu nehmen.

- 6. Durch welche Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es mehr Angebote gibt, die Mädchen mit Behinderung stärken?**

DIE LINKE unterstützt eine geschlechter- und diversitätssensible Bildungs- und Jugendarbeit. Hier muss insbesondere der Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) des Landes Hessen verstärkt umgesetzt bzw. auch inhaltlich nachgeschärft werden. Dafür sind ausreichend finanzielle Mittel und Zeitkontingente zur Weiterbildung für die Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, sowie Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und externer Expertise auszubauen. Kinderrechte müssen bekannt und durchgesetzt werden. Wichtig ist auch die Stärkung der Selbstvertretung von Kindern und Jugendlichen. Selbstwirksamkeit wird durch tatsächliche Mitbestimmung in allen Lebensbereichen erfahrbar. Dazu gehören neben einer Reform der Schüler:innenvertretungen ebenso flächendeckende Kinder- und Jugendbeteiligungsformate auf kommunaler und Landesebene. Auch diese müssen natürlich inklusiv und möglichst barrierearm gestaltet werden.

7. Was wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode dazu beitragen, um Müttern (und Vätern) mit Behinderung eine gleichberechtigte Wahrnehmung ihrer Elternschaft zu ermöglichen?

Elternschaft stellt in unserer Gesellschaft eine große Herausforderung dar, umso mehr, wenn gesellschaftliche Ausgrenzung zur Alltagserfahrung von Eltern und/oder den Kindern gehören. Hier braucht es zielgenaue Unterstützungsangebote, die die Bedürfnisse von Kindern und Eltern in den Mittelpunkt stellen. Im Rahmen der Umsetzung der UN-BRK ist das Land Hessen aufgefordert entsprechende Initiativen zu unterstützen, die Kommunen mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten und Selbstvertretung und Selbsthilfe zu fördern. Jugendamtsmitarbeitende sind für die besonderen Anforderungen bei Elternschaft mit Behinderung weiterzubilden, um einen sensiblen Umgang sicherzustellen.

8. Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflegekräfte verankern: Wird sich Ihre Partei - und wenn, durch welche - Aktivitäten - dafür einsetzen, dass die für den Strafvollzug und Luftverkehr erwähnten Ansprüche auch in der Pflege in Hessen gesetzlich verankert werden?

DIE LINKE unterstützt einen geschlechtersensiblen Umgang in der Pflege. Das Hessische Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen (HGBP) bestimmt bereits jetzt in seinen Zielen den Schutz vor Gewalt und der Intimsphäre, aus denen entsprechende Rechtsansprüche abgeleitet werden könnten. Wir wissen aber auch, dass viele gut gemeinte Bestimmungen am realen Pflegenotstand scheitern. Daraus resultieren häufige Personalwechsel und zu wenig Zeit für die zu pflegende Person und ihre individuellen Bedürfnisse etwa bei der Körperpflege. Schon das kann zu Schamverletzungen führen, ganz ohne beabsichtigter Übergriffigkeit. Ein entscheidender Schlüssel für eine personenzentrierte Pflege ist deshalb eine Bekämpfung des Pflegenotstands. Konkrete Vorschläge hierzu hat unsere Landtagsfraktion im [„Pflegeplan für Hessen“](#) vorgelegt.

Ob eine weitere Konkretisierung des HGBP zur gesetzlichen Verankerung des Rechtsanspruchs auf gleichgeschlechtliche Pflege vor diesem Hintergrund zielführend ist, ist für uns noch nicht abschließend entschieden. Wir stehen einer weiteren Diskussion offen gegenüber.

9. Wird Ihre Partei, und wenn welche, in der nächsten Legislaturperiode Maßnahmen / Arbeitsmarkt-Programme initiieren / durchführen, um der Arbeitslosigkeit von Frauen mit Behinderung entgegenzuwirken?

Auch DIE LINKE kennt aus vielfältigen Berichten die Probleme vieler Menschen mit Behinderungen zur Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt. Prioritär gilt es aus unserer Sicht zwei Bereiche anzugehen: Die Integrationsämter in Hessen müssen mit ausreichend Personal ausgestattet und als Serviceagenturen aufgestellt werden, die Unternehmen und (potenzielle) Beschäftigte aktiv begleiten, um Arbeitsplätze und -bedingungen schnellstmöglich inklusiv zu gestalten. Dazu gehört auch ein Anspruch der Antragstellenden auf Begehung des (zukünftigen) Arbeitsplatzes mit fachkundiger Beratung, die dazu dienen sollen, Antragsformalitäten zu minimieren.

Im Sinne der UN-BRK wirbt DIE LINKE zweitens für ein Zurückdrängen von Sonder-Beschäftigungsverhältnissen. Dazu wollen wir das Budget für Arbeit stärken, die gesetzliche Deckelung aufheben und als Instrument für die reguläre Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nutzen. Mentoring muss gefördert werden, um mehr Menschen zum Schritt in den ersten Arbeitsmarkt zu ermutigen. Schrittweise wollen wir eine tarifliche Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf Außenarbeitsplätzen, einführen. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen vergeben werden. Dies soll ins Tarif- und Vergabegesetz aufgenommen werden.

10. Mit welchen Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es diese Gesundheitskarte in der Form wie in anderen Bundesländern (bspw. Berlin, Brandenburg und unserem Nachbarland Thüringen) bereits eingeführt, auch in Hessen geben wird?

DIE LINKE. im Hessischen Landtag hat schon in der letzten Wahlperiode, aber auch in der aktuellen immer wieder Vorstöße unternommen, um der Gesundheitsversorgung für Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz abzu helfen. So haben wir einen eigenen [Gesetzentwurf](#) zu diesem Thema eingebracht, der die flächendeckende Einrichtung von Clearingstellen, einen Behandlungsfonds des Landes und einen anonymen Behandlungsschein vorgesehen hätte. Die schwarzgrüne Mehrheit hat diesen Vorstoß entgegen dem eigenen Koalitionsvertrag abgelehnt. Wir werden jedoch auch in der neuen Wahlperiode dieses Thema weiter im Sinne unseres Gesetzentwurfs vorantreiben.

11. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, und ggf. mit welchen Maßnahmen, dass Schutzkonzepte geschlechter- und diversitätssensibel und wirksam umgesetzt werden können?

Schutzkonzepte für Geflüchtetenunterkünfte müssen rechtsverbindlich festgeschrieben und die Umsetzung durch das Land kontrolliert werden. Zudem sind die Bewohner*innen der Unterkünfte an der Erstellung zu beteiligen, um ihre Erfahrungen und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Für vulnerable Personengruppen muss es zudem die Möglichkeit einer spezifischen Unterbringung in geschützten Räumen mit fachlich geschultem Personal, etwa zu Traumatisierungen, geben.